AFRIKA 27.11.2017 | Bettina Rühl

Ein Mensch für 730 Euro

Journalistische Recherchen dokumentieren, wie afrikanische Migranten in Libyen auf Sklavenauktionen verkauft werden.

„Große starke Männer für Landarbeit – 400! 400? 700! 700? 800! 800? 1200!“ So beginnt ein Handyvideo, das dem US-amerikanischen Sender CNN im Sommer zugespielt wurde und das seit einigen Tagen im Internet verbreitet wird – begleitet von einer internationalen Welle des Entsetzens und der Empörung. Das Video dürfte auch auf dem EU-Afrika-Gipfel zum Thema werden, der am Mittwoch und Donnerstag in der Elfenbeinküste stattfindet. Er soll die Zusammenarbeit zwischen beiden Kontinenten verstärken. Die Amateuraufnahme zeigt mutmaßlich die Versteigerung von Menschen an einem unbekannten Ort in Libyen. Die drei jungen Männer, deren Verkauf gezeigt wird, gehen am Ende für 1200 libysche Dinar pro Person weg, umgerechnet rund 730 Euro.

Die CNN-Journalisten haben nach eigenen Angaben monatelang recherchiert um zu prüfen, ob die schockierenden Aufnahmen echt sind, sind schließlich im Oktober selbst nach Libyen gereist und wurden dort Zeugen einer ähnlichen Sklavenauktion in der Nähe der Hauptstadt Tripolis. Mit versteckter Kamera drehten sie einige Minuten der Versteigerung, bei der nach CNN-Angaben innerhalb von sechs oder sieben Minuten ein Dutzend Menschen verkauft wurde. Journalisten, die CNN zuarbeiteten, haben dem Sender zufolge Hinweise darauf, dass es etliche weitere Sklavenmärkte in Libyen gibt.

Die Information selbst ist nicht neu: Schon im April sprach der Vertreter der Internationalen Organisation für Migration (IOM) in Libyen, Othman Belbeisi, von „regelrechten Sklavenmärkten“ in Libyen. In Deutschland berichtete die ARD bereits damals, ein Flüchtling koste ab 200 Dollar aufwärts. Auch im britischen „Guardian“ und anderen internationalen Medien waren die libyschen Sklavenmärkte ein Thema. Berichte über die massive Misshandlung von Flüchtlingen in Libyen gibt es noch länger, ohne dass die europäische oder die afrikanische Politik davon sonderlich Kenntnis nahmen. Erst im September schrieb die internationale Präsidentin von Ärzte ohne Grenzen, Joanne Liu, einen

offenen Brief an die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union. Während einer Libyen-Reise hatte Liu mehrere Internierungslager in Tripolis besucht, die unter Kontrolle der so genannten „Einheitsregierung“ stehen, und dort mit Gefangenen gesprochen. Ihr Fazit: „Menschen werden wie Waren behandelt. Sie werden in dunkle, schmutzige und stickige Räume gepfercht.“ Gefangene berichteten ihr, dass sie an die Betreiber ihres Internierungslagers verkauft worden seien und nun hunderte Euro für ihre Freilassung bezahlen müssten. In ihrem offenen Brief fragt Liu unter anderem: „Sind Vergewaltigungen, Folter und Versklavung wirklich der Preis, den die europäischen Staaten bereit sind zu zahlen, um den Flüchtlingsstrom zu drosseln?“ Von einer Antwort auf ihre Fragen ist nichts bekannt.

Nach der Veröffentlichung der Aufnahmen und kurz vor dem EU-Afrika-Gipfel nehmen afrikanische Politiker Europa in die Pflicht. Das klingt gut für das heimische Publikum, ist aber auch nicht ehrlich.

Aber weil es nun Bilder gibt, lässt sich die Tatenlosigkeit angesichts der unmenschlichen Zustände in libyschen Internierungslagern für Flüchtlinge offenbar noch schwerer rechtfertigen als bisher. Jedenfalls hat das Amateurvideo in mehreren afrikanischen Staaten Empörung ausgelöst, manche zogen ihre Botschafter aus Tripolis ab. In einigen afrikanischen Ländern protestierte die Bevölkerung gegen die unmenschliche Behandlung von Migranten in Libyen, und im Internet berichteten Rückkehrer, sie seien dort ebenfalls verkauft worden.

Währenddessen hat die international anerkannte libysche „Einheitsregierung“ die Sklavenauktionen am vergangenen Freitag verurteilt. Gleichzeitig forderte sie in einer Erklärung mehr regionale und globale Unterstützung, um das Problem lösen zu können. Libyen mache „schwierige Zeiten“ durch, worunter auch die eigenen Bürger litten. Die Misshandlung der aufgegriffenen Flüchtlinge könne nur beendet werden, wenn die Fluchtursachen identifiziert und bekämpft würden. Aber das sei ein grenzüberschreitendes Problem, mit dessen Lösung Libyen allein überfordert sei.

Nun ist es ja längst nicht mehr so, als sei Libyen im Umgang mit der Migration allein. Ganz im Gegenteil bemüht sich die EU seit Monaten darum, das Land als Partner bei der Abwehr von Flüchtlingen zu gewinnen – eine Partnerschaft, die in Europa von Menschenrechtsaktivisten und Oppositionspolitikern aus mehreren Gründen kritisiert wird. Seit dem Sturz des Diktators Muammar al-Gaddafi im Jahr 2011, an dem die NATO maßgeblich beteiligt war, hat das Land keine funktionsfähige Regierung und zerfleischt sich im Krieg.

Die sogenannte „Einheitsregierung“ wurde unter massiver UN-Vermittlung ins Amt gehoben, hat aber nicht einmal die Hauptstadt Tripolis zuverlässig unter Kontrolle. Europa hat also eigentlich keinen wirklichen Ansprechpartner, tut aber dennoch so, als spräche es in Tripolis mit einer Regierung – ganz einfach, weil es im Moment so wichtig wäre, dort eine Regierung zu haben.

Im Juni 2015 hat die EU die Marineoperation „Sophia“ gestartet, an der sich auch die Bundeswehr beteiligt. „Sophia“ hat offiziell die Hauptaufgabe, Menschenschmugglern und Schleppern im südlichen Mittelmeer das Handwerk zu legen. Das Mandat der Operation wurde im vergangenen Sommer bis Ende 2018 verlängert. Die libysche Küstenwache ist ein Partner der EU und wird von ihr ausgebildet. Der Küstenwache wird immer wieder vorgeworfen, die Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer zu behindern. Zudem ist ihre Bezeichnung irreführend. Mangels einer im westlichen Sinne funktionsfähigen Regierung gibt es de facto keine staatlichen Sicherheitskräfte, sondern nur unterschiedliche Milizverbände, die im besten Fall einigermaßen diszipliniert sind. Die Miliz mit dem Namen „Küstenwache“ soll also das Leben von Schiffbrüchigen retten. Außerdem bekämpfe sie nach EU-Angaben die Menschenschlepper.

Mitte November kündigte die EU an, sie werde die Ausbildung der Küstenwache noch erweitern und künftig auch Polizeikräfte trainieren, die im Küstenschutz tätig sind. Diese Polizeikräfte sollen außerdem mit Booten und Transportfahrzeugen ausgestattet werden. Die Vereinten Nationen reagierten auf diese Pläne mit scharfer Kritik. Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Seid Ra'ad al-Hussein, erklärte, der Ansatz der EU, Migranten auf dem Mittelmeer durch die libysche Küstenwache abfangen zu lassen, sei unmenschlich. Die Aufgegriffenen landeten oft in libyschen Haftzentren, wo sie versklavt, vergewaltigt und gefoltert würden. Die Antwort der EU ließ nicht lange auf sich warten: Sie wies die Verantwortung für die Zustände in den Flüchtlingslagern Libyens von sich. Sie habe das unmenschliche System in Libyen nicht geschaffen.

Neu ist derzeit also nicht einmal die Tatsache, dass Menschen als Sklaven gehandelt werden. Neu ist nur, dass es regelrechte Auktionen gibt. Nach der Veröffentlichung der Amateuraufnahmen und kurz vor dem EU-Afrika-Gipfel nehmen afrikanische Politiker Europa in die Pflicht. Nigers Präsident Mahamadou Issoufou verlangte als erster, dass die Menschenrechtsverletzungen in Libyen beim Gipfeltreffen europäischer und afrikanischer Regierungschefs besprochen werden. Außerdem forderte er den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag auf, Ermittlungen einzuleiten, weil Sklaverei ein Verbrechen gegen die

Menschlichkeit sei. Der Präsident der Afrikanischen Union, Guineas Staatschef Alpha Condé, macht die Europäer für das Chaos und die Verbrechen in Libyen offenbar mitverantwortlich. Im Gespräch mit dem panafrikanischen Kanal Vox Africa sagte er: „Wir werden auf der Ebene der Afrikanischen Staaten Maßnahmen ergreifen, um die Länder, die das erlaubt haben, zu zwingen, dem ein Ende zu setzen."

Das alles klingt gut für das heimische Publikum, ist aber auch nicht ehrlich. Ohne das Laissez-faire von Vertretern westafrikanischer Staaten kämen nicht Hunderttausende quer durch den Kontinent bis nach Libyen. Der Leiter des „Hauses für Migranten" im malischen Gao berichtet Jahr für Jahr, aber mit wachsender Verzweiflung, dass die malischen Sicherheitskräfte die Schlepper gewähren ließen. Gao ist ein wichtiger Transitpunkt auf dem Weg nach Norden. Bis dorthin kommen die meisten Migranten mit regulären Bussen, in Gao übernehmen Schlepper den Transport durch die Sahara. Damit ihnen ihre Beute nicht doch noch entwischt, werden die Reisewilligen schon in Gao regelrecht interniert. Die malischen Sicherheitskräfte schreiten laut Eric Alain Kamdem vom „Haus der Migranten" nicht ein. Stattdessen ließen sich etliche für ihre Passivität von den Schleppern bezahlen. Die Zustände in Gao sind nur eines von vielen Beispielen. Vom System Migration leben viele, nur die Migranten sterben daran. Über die Aufnahmen von den Sklavenauktionen zeigen sich nun alle entsetzt. Die Krokodilstränen laufen dabei über weiße und schwarze Wangen.



Bettina Rühl
Köln / Nairobi

Bettina Rühl berichtet seit über zwanzig Jahren aus und über Afrika. Sie lebt in Köln und Nairobi.

-